

Protokoll

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzung: Donnerstag, 24.08.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100
Braunschweig

Beginn: 15:03 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Martin Albinus - Verwaltung

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE

Frau Ghislaine Sandrine Bakoben - CDU

Herr Thomas Fietzke - CDU

Frau Antje Maul - CDU

Frau Bianca Braunschweig - BIBS

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS

Herr Moritz Wilhelm - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Vertretung für: Frau Anneke vom
Hofe

Herr Dirk Bitterberg - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Susanne Hartmann-Kasties - Träger der freien Jugendhilfe

Herr Dr. Marcus Kröckel - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Nicole Kumpis - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Ute Wasserbauer - B90/GRÜNE

Frau Anita Adolf - Vertreterin ev. Kirche

Herr Holger Ewe - Vertreter kath. Kirche

Frau Ines Fricke - Vertreterin der Polizei

Herr Hakan Kiray - Vertreter der muslimischen Gemeinde

Frau Sara Kraatz - Vertreterin Stadtelternrat

Vertretung für: Frau Vanessa
Sölter

Frau Inés Lampe - Stadtjugendreferent/-in

Frau Regina Lange - Vertreterin Lehrkräfte

Vertretung für: Frau Stefanie
Fischer

Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Herr Volker Riegelmann - Jugendring Braunschweig e. V. (JURB)

Gäste

Herr Halbauer – Jobcenter Braunschweig

Frau Katrin Miehe-Scholz – Jobcenter Braunschweig

Frau Britta Müller-Jarosiewicz – Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Ursula Tetzl - AWO

Verwaltung

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V

Herr Ulf Niehaus - Verwaltung

Herr Andreas Bogner - Verwaltung

Frau Marion Düe - Verwaltung

Frau Melanie Esters - Verwaltung

Frau Lina Sakalas - Verwaltung

Frau Andrea Streit - Verwaltung

Protokollführung

Frau Nina Hofmann - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD

entschuldigt

Frau Petra Kusatz - Träger der freien Jugendhilfe

entschuldigt

Frau Türkan Deniz-Roggenbuck - Vertreterin ausl. Kinder u.
Jugendliche

entschuldigt

Frau Magdalena Duckwitz – Vertreterin Amtsgericht

entschuldigt

Frau Stefanie Fischer – Vertreterin Lehrkräfte

entschuldigt

Frau Tiana Kruskic – Vertreterin ausl. Kinder u. Jugendliche

entschuldigt

Herr Florian Parkitny – Vertreter Sportjugend

entschuldigt

Frau Vanessa Sölter - Vertreterin Stadtälternrat

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2023 | |
| 3 | Ständiger TOP: Fachkräftemangel | |
| 4 | Vorstellungen | |
| 4.1 | Neuorganisation internationale Jugendarbeit | |
| 4.2 | Bericht zur AG gemäß § 78 SGB VIII - Kita | |
| 4.3 | Vorstellung Jobcenter | |
| 4.4 | Bericht offene Kinder- und Jugendarbeit | |
| 5 | Mitteilungen | |
| 5.1 | Projektförderung KompetenzagenturPLUS+ durch das Bundesprogramm "Jugend Stärken - Brücken in die Eigenständigkeit" | 23-21832 |
| 5.2 | Mündliche Mitteilungen | |
| 5.3 | Situation an den kooperativen Ganztagsgrundschulen und an den Grundschulen mit Schulkindbetreuung in und an Schulen | 23-21874 |
| 5.4 | Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH | 23-21557-03 |
| 5.5 | Sachstand Jugendparlament/Jugendbüro | |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege | 23-21516 |
| 6.1.1 | Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege - Änderungsantrag | 23-21516-01 |
| 6.1.2 | Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege - Änderungsantrag | 21516-01-01 |
| 7 | Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger | 23-21751 |
| 8 | Ergänzung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023 | 23-21774 |
| 8.1 | Ergänzung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023 | 23-21774-01 |

9	Anfragen	
9.1	Unterstützung traumatisierter junger Geflüchteter: Koordinierung der Zusammenarbeit der freien Träger der Jugendhilfe mit dem Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. (NTFN) in Braunschweig	23-21783
9.1.1	Unterstützung traumatisierter junger Geflüchteter: Koordinierung der Zusammenarbeit der freien Träger der Jugendhilfe mit dem Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. (NTFN) in Braunschweig	23-21783-01
9.2	Die Zeiten ändern sich. Männer auch. Kinderbetreuung hat keine vorgegebene Geschlechterrolle.	23-21873
9.2.1	Die Zeiten ändern sich. Männer auch. Kinderbetreuung hat keine vorgegebene Geschlechterrolle.	23-21873-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze eröffnet die Sitzung um 15:03 Uhr, begrüßt die anwesenden Teilnehmer zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Sie begrüßt das neue Mitglied Herrn Wilhelm.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2023

Das Protokoll der Sitzung vom 16.06.2023 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Ständiger TOP: Fachkräftemangel

Herr Albinus berichtet zum Fachkräftemangel. Er berichtet von der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen, stellt die Präsentation ‚Die Fachkräfteentwicklung im Bereich Soziales / Jugendhilfe: Daten und Analyse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung‘ vor und erläutert sie.

Er geht insbesondere auf die Probleme bei der Stellenbesetzung von Erzieher*innen ein. Auf Nachfrage teilt Herr Albinus mit, dass eine Einstellung über Zeitarbeitsfirmen zurzeit keine Option ist.

Frau Dr. Flake weist darauf hin, wie wichtig die Kitas als Bildungseinrichtung für Kinder sein können und dass es nicht nur berufstätige Eltern gibt, sondern auch Eltern, die zum Beispiel zu Hause Angehörige pflegen.

Sie fragt nach den Ergebnissen aus dem Workshop zur Situation der Kitas. Es sollten die erarbeiteten Möglichkeiten vorgestellt werden.

Herr Albinus teilt mit, dass der Verwaltung bis dato nicht bewusst war, dass der Ausschuss dieser Ergebnisse wünscht. Sofern der Wunsch besteht kann das aber nachgeholt werden. Herr Bitterberg weist darauf hin, dass wir uns in einer andauernden Kita-Krise befinden und es Entscheidungen benötigt, die die Krise überwindbar machen. Das Schlimmste ist, dass die Eltern keine Verlässlichkeit haben.

Auf Nachfrage teilt Herr Albinus mit, dass es auch aus den Ministerien keine Lösungen in absehbarer Zeit geben wird; diese Lösungen auf Landesebene aber gefunden werden müssen.

4. Vorstellungen

4.1. Neuorganisation internationale Jugendarbeit

Frau Sakalas berichtet über die Neuorganisation der Internationalen Jugendarbeit. Eine Präsentation wird gezeigt. Frau Sakalas weist darauf hin, dass noch immer zu wenig EU- und Bundesfördermittel genutzt werden, um die internationale Jugendarbeit voranzubringen. Sie stellt die von der Stadt Braunschweig ermittelten Daten und deren Analyse bei den Jugendlichen und das daraus resultierende neue Konzept der internationalen Jugendarbeit der Stadt Braunschweig vor.

Frau Kumpis weist darauf hin, dass die IJA eine gute Möglichkeit ist, junge Menschen für Deutschland zu gewinnen.

Auf Nachfrage teilt Frau Sakalas mit, dass die bereits vorhandenen Projekte nicht eingestellt werden sollen, sondern der Angebotsrahmen erweitert werden soll, um mehr Jugendliche zu erreichen.

4.2. Bericht zur AG gemäß § 78 SGB VIII - Kita

Frau Tetzel (AWO) und Frau Müller-Jarosiewicz (Paritätischer) berichten über die Aktivitäten der AG gem. § 78 SGB VIII zur Kita-Betreuung im Zeitraum Juni 2022 – August 2023. Die Schwerpunkte lagen hierbei auf dem Rückblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, sowie dem NKitaG und dem Raumprogramm.

Sie geben einen Ausblick auf zukünftige Themen.

Frau Dr. Flake fragt, ob es Möglichkeiten zur Entlastung der Kita-Leitungen gibt. Frau Tetzel antwortet, dass es über die Richtlinie Qualität 2 die Möglichkeit gibt, sowohl fachliche, als auch finanzielle Leitungsunterstützung zu erhalten.

Herr Albinus teilt auf Nachfrage von Frau Hartmann-Kasties mit, dass die Verwaltung hinsichtlich der Überarbeitung des Standard-Raumprogramms für Kitas immer noch in der internen Abstimmung mit anderen Fachbereichen der Stadtverwaltung befindlich ist.

Auf Nachfrage wird erklärt, dass es sich bei der AG um ein beratendes Fachgremium handelt.

4.3. Vorstellung Jobcenter

Frau Miehe-Scholz und Herr Halbauer vom Jobcenter berichten über die Themen BuT, JC vor Ort und Bürgergeld. Sie stellen die Änderungen im SGB II seit dem 01.01.2023 vor und geben einen Überblick über die BuT-Leistungen.

Frau Miehe-Scholz erklärt, dass geplant ist, zu dieser Thematik einen Arbeitskreis zu bilden. Außerdem berichtet sie, dass das Jobcenter jetzt Vor-Ort-Sprechstunden in verschiedenen Stadtbezirken anbietet.

4.4. Bericht offene Kinder- und Jugendarbeit

Herr Bogner berichtet über die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2022. Er stellt die Kinder- und Jugendarbeit zunächst im Allgemeinen vor und benennt die Schwerpunkte.

Auf Nachfrage von Frau Wasserbauer teilt er mit, dass die Stellen der FSJler nicht vollbesetzt sind und viel weniger Bewerbungen vorliegen. Wie mit den geplanten Kürzungen des Bundes in 2024 umgegangen werden soll, wurde noch nicht besprochen.

Auf Frau Kumpis Nachfrage, wie man Kinder und Jugendliche erreichen kann, die bisher nicht erreicht wurden, teilt er mit, dass dieses durch sozialraumorientiertes Arbeiten und durch offene Konzepte (z.B. Südstadt-Open-Air) versucht wird.

Die Angebote in Broitzem werden trotz Raummangel aufrechterhalten. Eine neue Immobilie wird bereits gesucht.

Die Neustadtmühle ist als Jugendzentrum voll ausgelastet, es gibt sehr viele Gruppen, beispielsweise das Mädchencafe oder Rap-Projekte. Lediglich der offene Bereich ist wenig frequentiert. Die Attraktivität des offenen Bereiches zu erhöhen ist aufgrund der Konkurrenz durch das JZ Magni und den Bohlweg schwierig.

5. Mitteilungen

5.1. Projektförderung KompetenzagenturPLUS+ durch das Bundesprogramm "Jugend Stärken - Brücken in die Eigenständigkeit"

23-21832

Frau Lampe teilt mit, dass die Stadt die Fördergelder bereits zum 3. Mal in Folge erhält. Die Kolleg*innen sind daher gut vernetzt und können nun gesichert bis 2027 die Arbeit aufrechterhalten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Mündliche Mitteilungen

5.3. Situation an den kooperativen Ganztagsgrundschulen und an den Grundschulen mit Schulkindbetreuung in und an Schulen **23-21874**

Frau Dr. Rentzsch weist darauf hin, dass sich aufgrund des Fachkräftemangels zeitnah mit den Schulen, Trägern und der Verwaltung zusammengesetzt werden soll, um ein transparentes Verfahren zu entwickeln, wie agiert werden kann, wenn eine Betreuungsgruppe von einer (temporären) Schließung bedroht ist.

Frau Lampe teilt mit, dass an den KOGSen im Moment keine Gruppen von langfristigen Schließungen betroffen sind.

Bei der Schulkindbetreuung mussten Gruppen in Wenden, Timmerlah, Querum und Broitzem längerfristig geschlossen werden.

Die Umsetzung der in der Planungskonferenz beschlossenen 213 neuen Plätze läuft gut.

Grundsätzlich wird die Sicherstellung der Betreuung immer problematischer und schwieriger.

Frau Dr. Flake möchte wissen, ob sich inzwischen etwas Neues hinsichtlich den Betriebsgenehmigungen im Bereich der Nachmittagsbetreuung ergeben hat, was von Herrn Albinus verneint wird.

5.4. Jugendwerkstatt der VHS Arbeit und Beruf GmbH **23-21557-03**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.5. Sachstand Jugendparlament/Jugendbüro

Frau Lampe teilt mit, dass die Jugendlichen zusammen mit Herrn Westermann und dem Wahlamt die Wahlordnung erstellt haben und die Wahlen nächstes Jahr stattfinden sollen.

Zudem wurden die Personalstellen beantragt.

Mehrere Räumlichkeiten wurden besichtigt, die weiteren Umsetzungen und die Finanzierung sind in Planung.

6. Anträge

6.1. Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege **23-21516**

Angesichts des enormen Fachkräftemangels im Bereich der Kinderbetreuung und dem damit drohenden Wegfall von Betreuungsplätzen kommt der Kindertagespflege eine zunehmende Bedeutung zu. Es ist deshalb zur Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes der Kindertagespflege erforderlich, neben der bisher laufenden Imagekampagne die bisher geltenden Fördersätze in Bezug auf die Förderleistung und die Sachkosten zu erhöhen. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, die Förderrichtlinien (zuletzt angepasst mit Beschluss 22-19983 vom 20.12.2022) spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2024 wie folgt zu überarbeiten:

1. Grundsätzlich bleibt die bisherige Entgelt-Struktur mit einer laufenden Förderung nach geleisteter Betreuungsstunde und gestaffelt nach Erfahrungsstufen erhalten.

2. Die Bezahlung erfolgt fortlaufend. Da Kindertagespflegepersonen selbstständig tätig sind, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Fortzahlung von Ausfallzeiten wie Urlaub oder Krankheit. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird aber von einer Rückforderung der Kindertagespflegeentgelte bei Ausfallzeiten bis zu 30 Tagen im Jahr abgesehen.

3. Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung wird so erhöht, dass in dem Betrag für die Betreuungsstunde auch die geleisteten Stunden für Elternarbeit, Qualifizierung, hauswirtschaftliche Tätigkeiten und Verwaltung angemessen berücksichtigt werden.

4. Das Basisentgelt wird jährlich dynamisiert.

5. Es wird ein Fördermodell erarbeitet, das bei angemieteten Räumen die Raumkosten und Betriebskosten angemessen mitfinanziert.

Ergebnis: Die Abstimmung über diesen Antrag hat sich mit Annahme des Änderungsantrages 23-21516-01 erübrigt.

6.1.1. Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege - Änderungsantrag

23-21516-01

Frau Bakoben verlässt die Sitzung vor der Abstimmung, sodass nur noch 13 Stimmberechtigte anwesend sind.

Frau Dr. Flake informiert über die Änderungen und begründet diese.

Frau Schütze erläutert die Gründe des Änderungsantrags für die SPD.

Herr Albinus weist auf den bereits vorhandenen Ratsbeschluss aus 2022 hin und erläutert kurz die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Flake weist daraufhin, dass auch ein Stufenkonzept möglich ist und nicht alles gleichzeitig umgesetzt werden muss.

Frau Dr. Flake gibt an, dass alle Rechtsbedenken, die nicht grundsätzlicher Art sind, über den Verwaltungsausschuss geklärt werden.

Frau Lenz weist auf die verschiedenen Möglichkeiten der Evaluation hin.

Die Verwaltung wird beauftragt, die zuletzt mit Ratsbeschluss vom 20. Dezember 2022 (Drs. 22-19983) geänderten laufenden Geldleistungen an die Kindertagespflegepersonen (KTPP) wie folgt anzupassen und dem Rat dazu eine Beschlussvorlage vorzulegen, sodass die neuen Geldleistungen spätestens vom 1. August 2024 an gewährt werden können.

1. Die bisherige Entgeltstruktur auf Grundlage geleisteter Betreuungsstunden und gestaffelt nach Erfahrungsstufen bleibt grundsätzlich erhalten.

2. Die laufende Geldleistung wird fortlaufend gewährt: Die selbstständig tätigen KTPP haben zwar keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Ausfallzeiten wie Urlaub oder Krankheit, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird aber von einer Rückforderung der laufenden Geldleistung bei Ausfallzeiten von bis zu 30 Tagen im Jahr generell abgesehen.

3. Die Sachkostenpauschale nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII wird angemessen erhöht.

4. Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII wird so erhöht, dass in dem Betrag für die Betreuungsstunde auch die geleisteten zusätzlichen Stunden für Elternarbeit, Qualifizierung, hauswirtschaftliche Tätigkeiten und Verwaltung angemessen berücksichtigt werden.

5. Kindertagespflegepersonen, die für die Kindertagespflege separate Räume angemietet haben, wird zusätzlich zur Sachkostenpauschale (s. Nr. 3) ein angemessener anteiliger Zuschuss zu den Miet- und Betriebskosten gewährt.

6. Die eingangs genannte Beschlussvorlage der Verwaltung soll einen Vorschlag für eine Dynamisierung der laufenden Geldleistungen enthalten.

Abstimmungsergebnis: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6.1.2. Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege - Änderungsantrag

21516-01-01

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen

7. Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger

23-21751

Mitwirkungsverbot: Frau Kumpis, Herr Bitterberg und Frau Adolf (nur Beratung)

Beschluss:

Die Träger der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten wie in der Anlage dargestellt im Wege der institutionellen Förderung Zuschüsse zu den Betriebskosten.

Die Zuschüsse zu den Energiekosten sowie zu den Mieten/Grundstücksabgaben werden als Vollfinanzierung, die Zuschüsse zu den sonstigen Betriebskosten als Festbetragsfinanzierung bewilligt.

Sofern sich die Angaben, die Grundlage der Zuschussberechnung waren, ändern, sind die Zuschüsse entsprechend anzupassen.

Die Gewährung der Zuschüsse steht unter dem Vorbehalt der tatsächlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Bei Bedarf erfolgt eine anteilige Kürzung der Zuschussbeträge.

Abstimmungsergebnis: dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Ergänzung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023

23-21774

Beschluss:

Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023 werden wie folgt ergänzt:

§ 4 Abs. 5 wird wie folgt ergänzt:

- (5) Die Erziehungsberechtigten müssen rechtzeitig vor Aufnahme des Kindes
- a) den unterschriebenen Aufnahmeantrag,
 - b) einen Nachweis über die erfolgte Impfberatung (Impfpass, Vorsorgeuntersuchungsheft, ärztliche Bescheinigung),
 - c) einen Nachweis über die erfolgte Masernschutzimpfung oder eine Masernimmunität und
 - d) eine vom Arbeitgeber oder anderer Stelle (z. B. Schule, Steuerkanzlei) bestätigte Bescheinigung zum Umfang der Tätigkeit oder eine Bescheinigung über einen erhöhten Betreuungsbedarf von der Kita- Leitung oder einem/einer Sozialarbeiter/in des Allgemeinen Sozialdienstes zum Zeitpunkt der Aufnahme vorlegen, sofern eine Betreuung über mehr als 6 Stunden täglich gewünscht wird.

Ergebnis: Die Abstimmung über diese Vorlage hat sich mit Annahme des Änderungsantrags erübrigt.

8.1. Ergänzung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023

23-21774-01

Frau Dr. Rentzsch erläutert, dass diese Beschlussvorlage die Priorisierung bei der Vergabe von Betreuungszeiten am Nachmittag bringen soll. Es ist der Wunsch der Verwaltung, allen Eltern eine Vollzeit-Betreuung anzubieten, was aufgrund des Fachkräftemangels leider nicht möglich ist. Die Verteilung soll gerechter werden.

Frau Schütze weist darauf hin, dass die Bedarfserfassung nur *ein* Kriterium von Weiteren ist. Sowohl Frau Dr. Flake als auch Frau Schütze fassen den Vorgang noch mal zusammen und erläutern den in der Sitzung als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag.

Frau Schütze weist darauf hin, dass der JHA einen bindenden Beschluss fasst und keine Abstimmung im Rat erfolgen wird, da die AVBs nicht geändert werden.

Frau Lenz weist darauf hin, dass die Kriterien besser ausformuliert werden sollten.

Frau Dr. Rentzsch teilt mit, dass die Kita-Leitungen weiterhin gemeinsam mit den Eltern individuelle Lösungen finden sollen, egal welches Verfahren bei der Vergabe angewendet wird.

Herr Dr. Krökel weist darauf hin, dass die Betreuung auch mit diesem Instrument nicht gänzlich sichergestellt werden kann und das auch so Richtung Eltern kommuniziert werden sollte.

Es wird noch mal klargestellt, dass es sich bei den genannten Kitas in dem Änderungsantrag um die städtischen Kitas handelt.

Herr Dr. Krökel teilt mit, dass es grundsätzlich nur Sinn macht, wenn die Kriterien für alle Kitas unabhängig vom Träger in Braunschweig gelten und man gemeinsame Lösungen finden sollte.

Beschlussergänzung (Ergänzungsvorlage 23-21774-01):

Die allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Juni 2023 werden wie folgt ergänzt *und treten zum 1. Oktober 2023 in Kraft*:

§ 4 Abs. 5 wird wie folgt ergänzt:

(5) Die Erziehungsberechtigten müssen rechtzeitig vor Aufnahme des Kindes

a) den unterschriebenen Aufnahmeantrag,

b) einen Nachweis über die erfolgte Impfberatung (Impfpass, Vorsorgeuntersuchungsheft, ärztliche Bescheinigung),

c) einen Nachweis über die erfolgte Masernschutzimpfung oder eine Masernimmunität und

d) eine vom Arbeitgeber oder anderer Stelle (z. B. Schule, Steuerkanzlei) bestätigte

Bescheinigung zum Umfang der Tätigkeit oder eine Bescheinigung über einen erhöhten Betreuungsbedarf von der Kita- Leitung oder einem/einer Sozialarbeiter/in des Allgemeinen Sozialdienstes zum Zeitpunkt der Aufnahme vorlegen, sofern eine Betreuung über mehr als 6 Stunden täglich gewünscht wird.

Beschluss über den als Tischvorlage in die Sitzung eingebrachten Änderungsantrag

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem in den Vorlagen 23-21774 und 23-21774-01 geschilderten Sachverhalt (krankheitsbedingte Personalausfälle bei bereits bestehendem Personalmangel) Folgendes umzusetzen:

1. Die Verwaltung beruft, wie in der Ergänzungsvorlage 23-21774-01 erläutert, eine Task-Force „Personalmangel in der frühkindlichen Bildung und der Schulkindbetreuung“ ein, die sich kontinuierlich mit Problemlösungen befassen soll. Es wird ein mit den freien Trägern abgestimmtes Konzept für tageweise und vorübergehende Betreuungseinschränkungen

aufgrund des Personalmangels erarbeitet. Es werden Kriterien für die Bedarfsfeststellung und Inanspruchnahme von Ganztagsplätzen über sechs Stunden bzw. nach 14:00 Uhr erarbeitet, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso erfassen, wie soziale Kriterien und besondere Förderbedarfe von Kindern.

2. Für Betreuungsverhältnisse, die unter die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig fallen und die mehr als sechs Stunden am Tag umfassen, sollen zur transparenten Erfassung des Kriteriums „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ vom 1. Oktober 2023 an die Personensorgeberechtigten mit abhängiger Beschäftigung eine Arbeitgeber*innenbescheinigung nach dem Muster der Anlage 2 zur Vorlage 23-21774 vorlegen. Andere Personengruppen, wie z. B. in Ausbildung befindliche Personen oder Selbstständige, haben ihren Bedarf durch geeignete Bescheinigungen nachzuweisen oder plausibel dazulegen. Soziale Kriterien und besondere Förderbedarfe werden selbstverständlich bei der Bedarfsfeststellung in städtischen Kindertagesstätten weiterhin gleichermaßen berücksichtigt.

3. Dieser Beschluss hat keine Auswirkungen auf die jetzige Personalausstattung und die finanzielle Förderung vorhandener Gruppen der Kindertagesstätten, der Schulkindbetreuung oder der Kindertagespflege.

Ergebnis Ergänzungsvorlage 23-21774-01: Die Abstimmung über diese Vorlage hat sich mit Annahme des Änderungsantrags erübrigt.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

9. Anfragen

9.1. Unterstützung traumatisierter junger Geflüchteter: Koordinierung der Zusammenarbeit der freien Träger der Jugendhilfe mit dem Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. (NTFN) in Braunschweig **23-21783**

9.1.1. Unterstützung traumatisierter junger Geflüchteter: Koordinierung der Zusammenarbeit der freien Träger der Jugendhilfe mit dem Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. (NTFN) in Braunschweig **23-21783-01**

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Braunschweig stellt weitere Fragen, die ergänzend außerhalb der Sitzung beantwortet werden.

9.2. Die Zeiten ändern sich. Männer auch. Kinderbetreuung hat keine vorgegebene Geschlechterrolle. **23-21873**

9.2.1. Die Zeiten ändern sich. Männer auch. Kinderbetreuung hat keine vorgegebene Geschlechterrolle. **23-21873-01**

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Glogowski erläutert seine Anfrage.

15. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Es liegen keine Beratungsgegenstände für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 19:35 Uhr.

Ausschussvorsitzende

Der Oberbürgermeister
i. V.

Protokollführung

Gez. Schütze
Schütze

gez. Dr. Rentzsch
Dr. Rentzsch

gez. Hofmann
Hofmann



INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND
BERUFSFORSCHUNG
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

DIE FACHKRÄFTEENTWICKLUNG IM BEREICH SOZIALES / JUGENDHILFE: DATEN UND ANALYSEN DER ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG

Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der
Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen

Evangelische Akademie Loccum, 23. August 2023

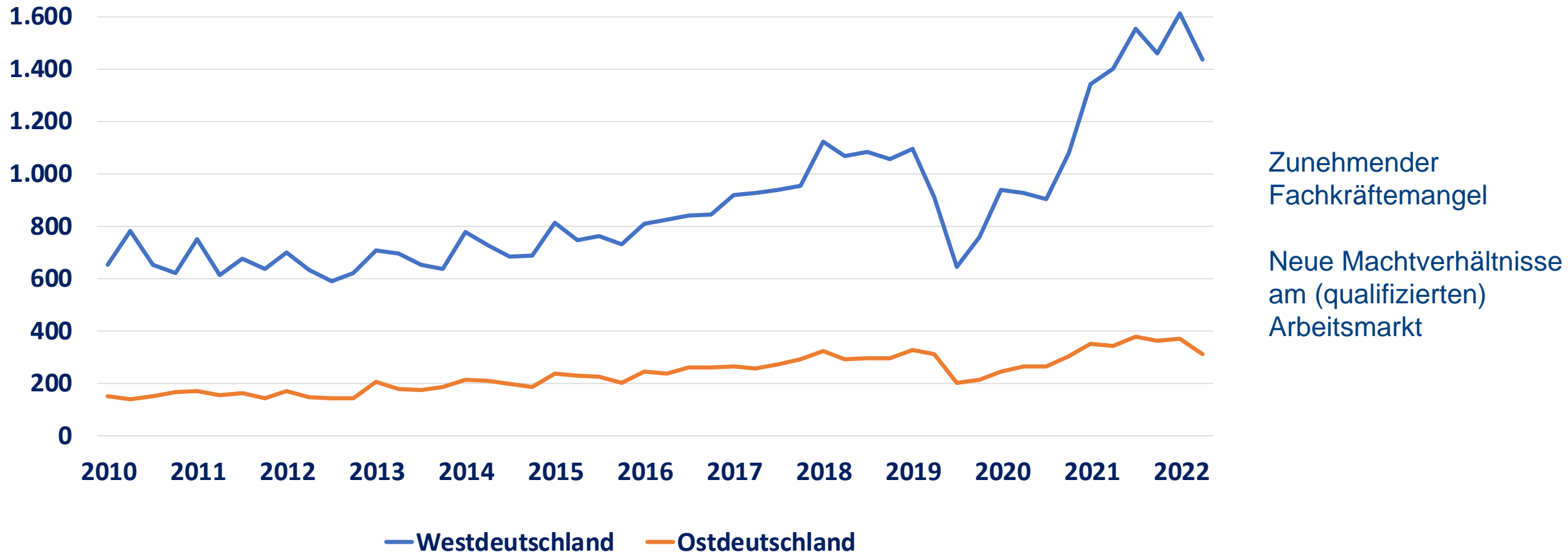
Dr. Anja Warning

(Hinweise zur Zitation siehe letzte Folie)



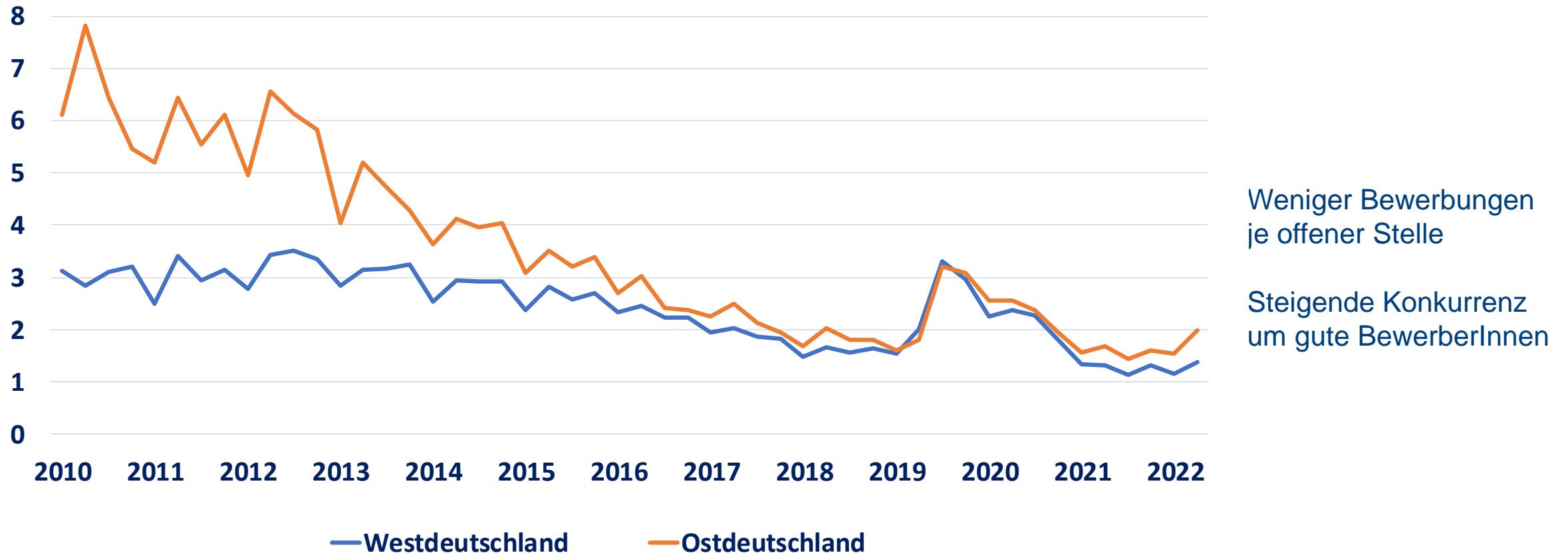
ARBEITSKRÄFTEBEDARF: ZAHL DER OFFENEN STELLEN

2010-2023



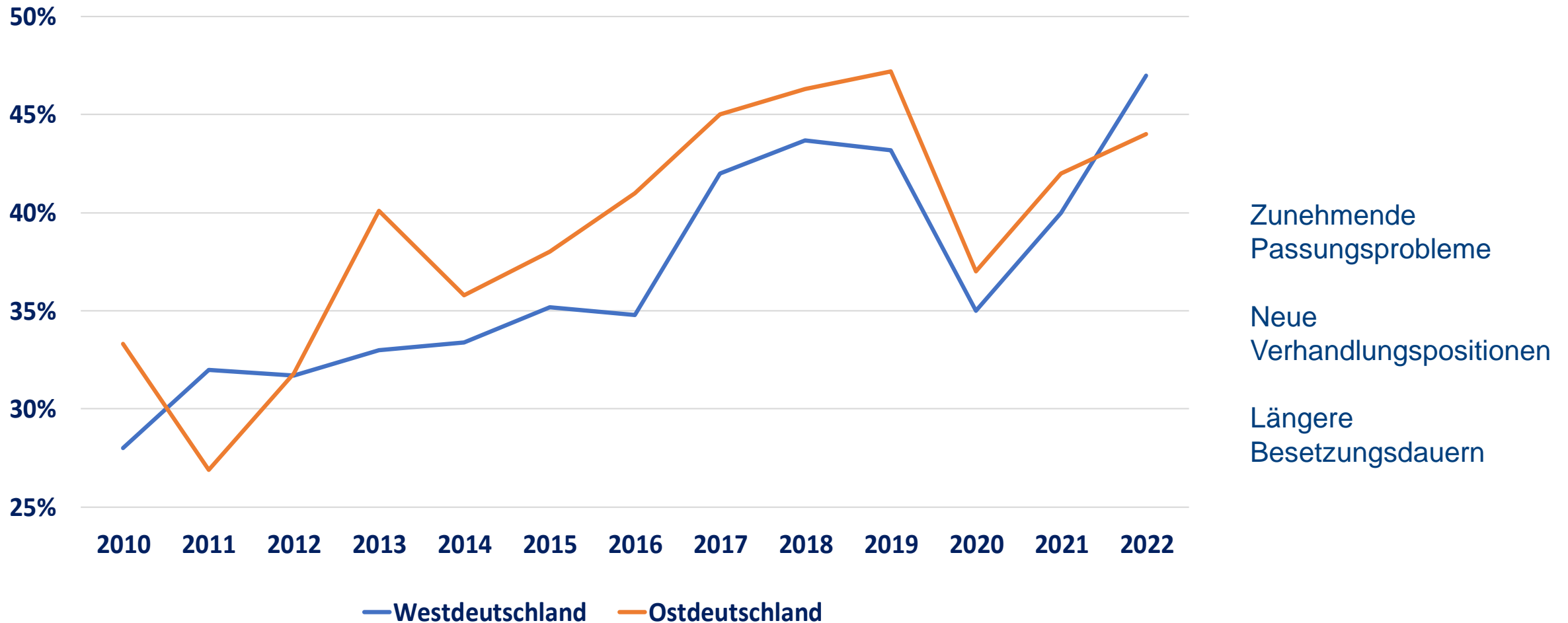
ZAHL DER ARBEITSLOSEN JE OFFENER STELLE

2010-2023

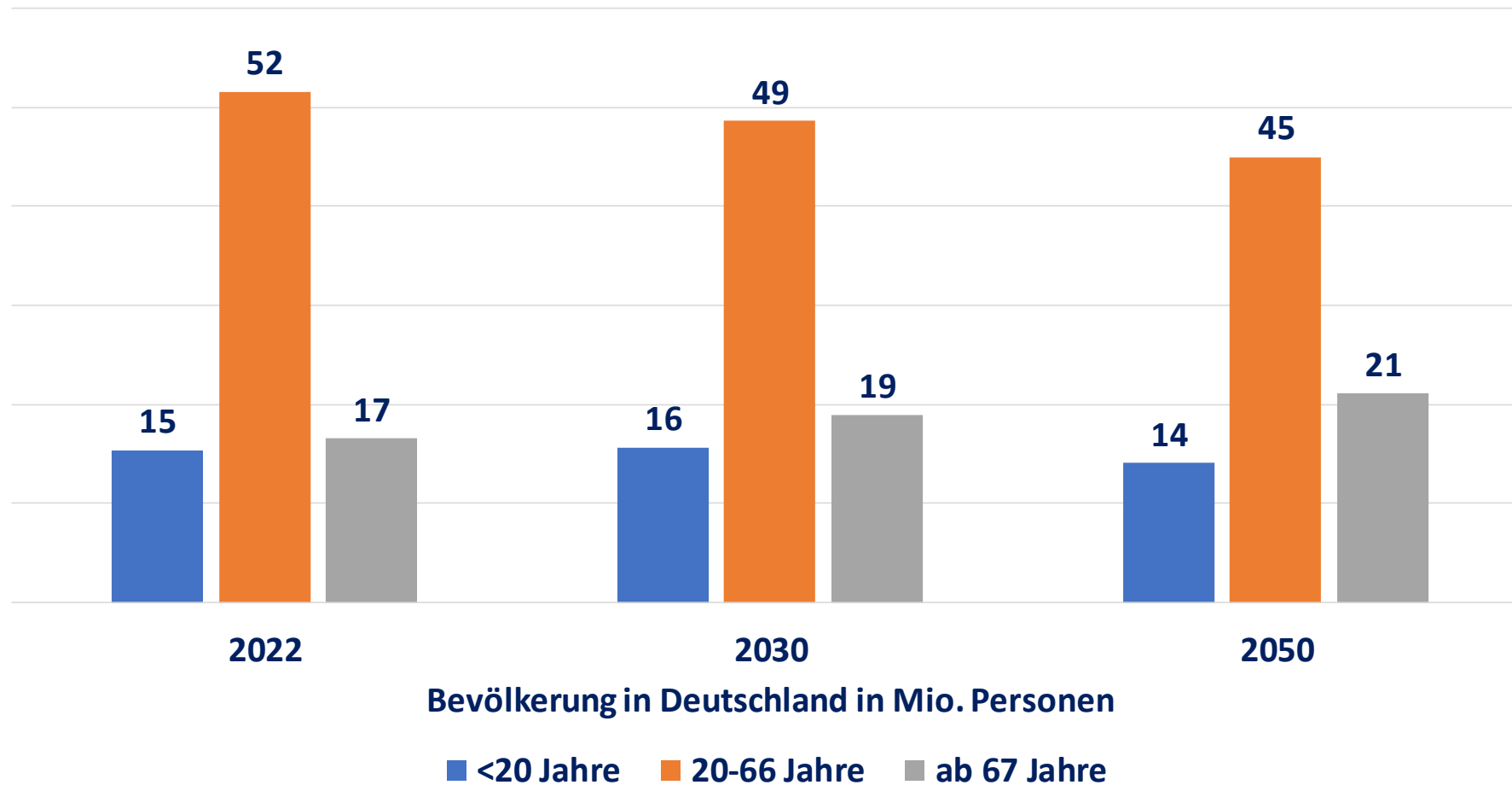


ANTEIL DER NEUEINSTELLUNGEN MIT SCHWIERIGKEITEN

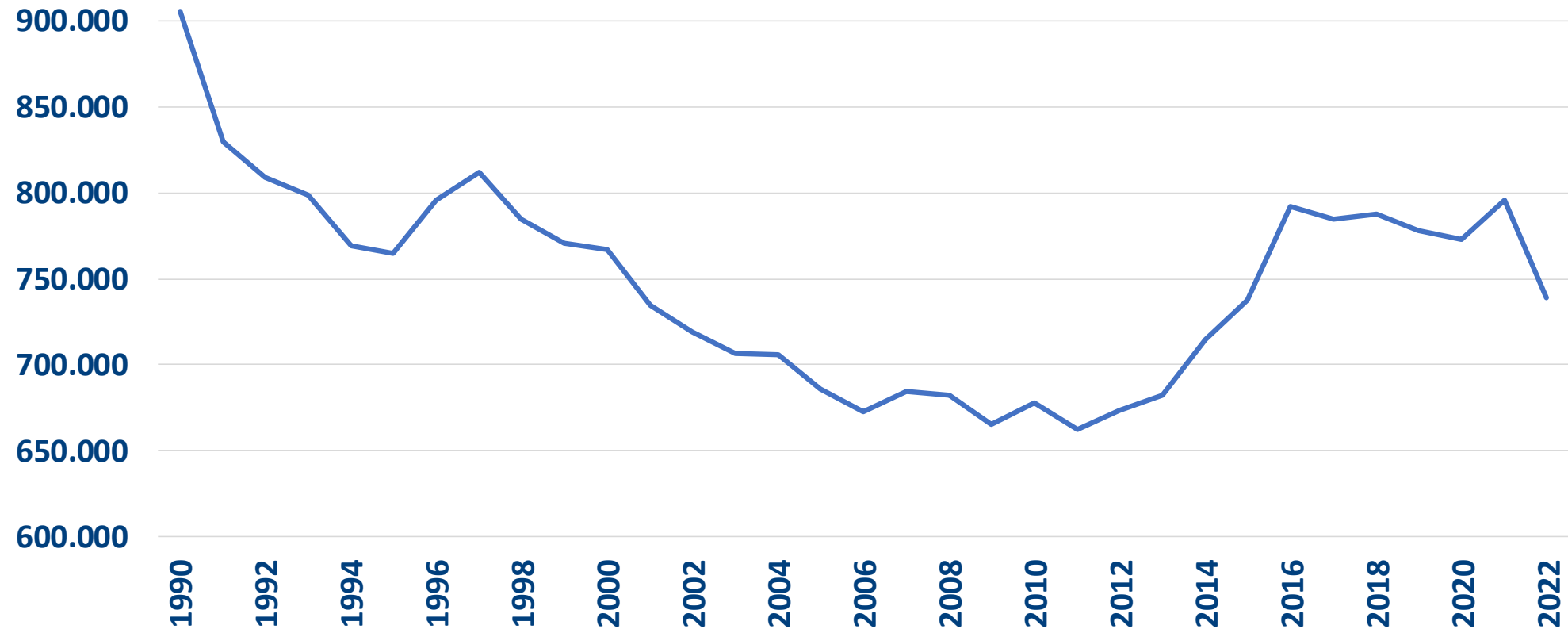
2010-2022, in Prozent aller Neueinstellungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung



DEMOGRAFIE: WENIGER PERSONEN UND MEHR ÄLTERE

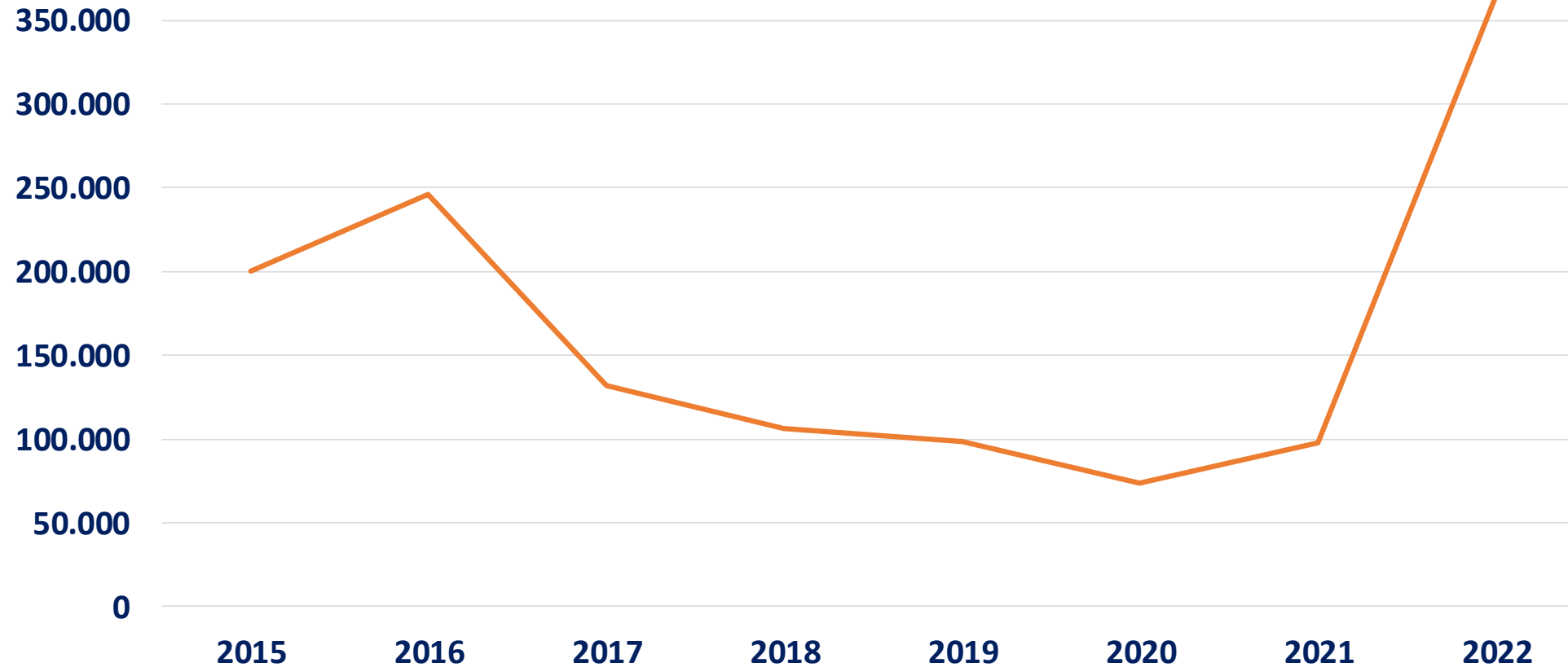


GEBURTEN IN DEUTSCHLAND 1990-2022



ERSTZUZUG VON KINDERN AUS DEM AUSLAND 2015-2022

KINDER BIS 12 JAHRE



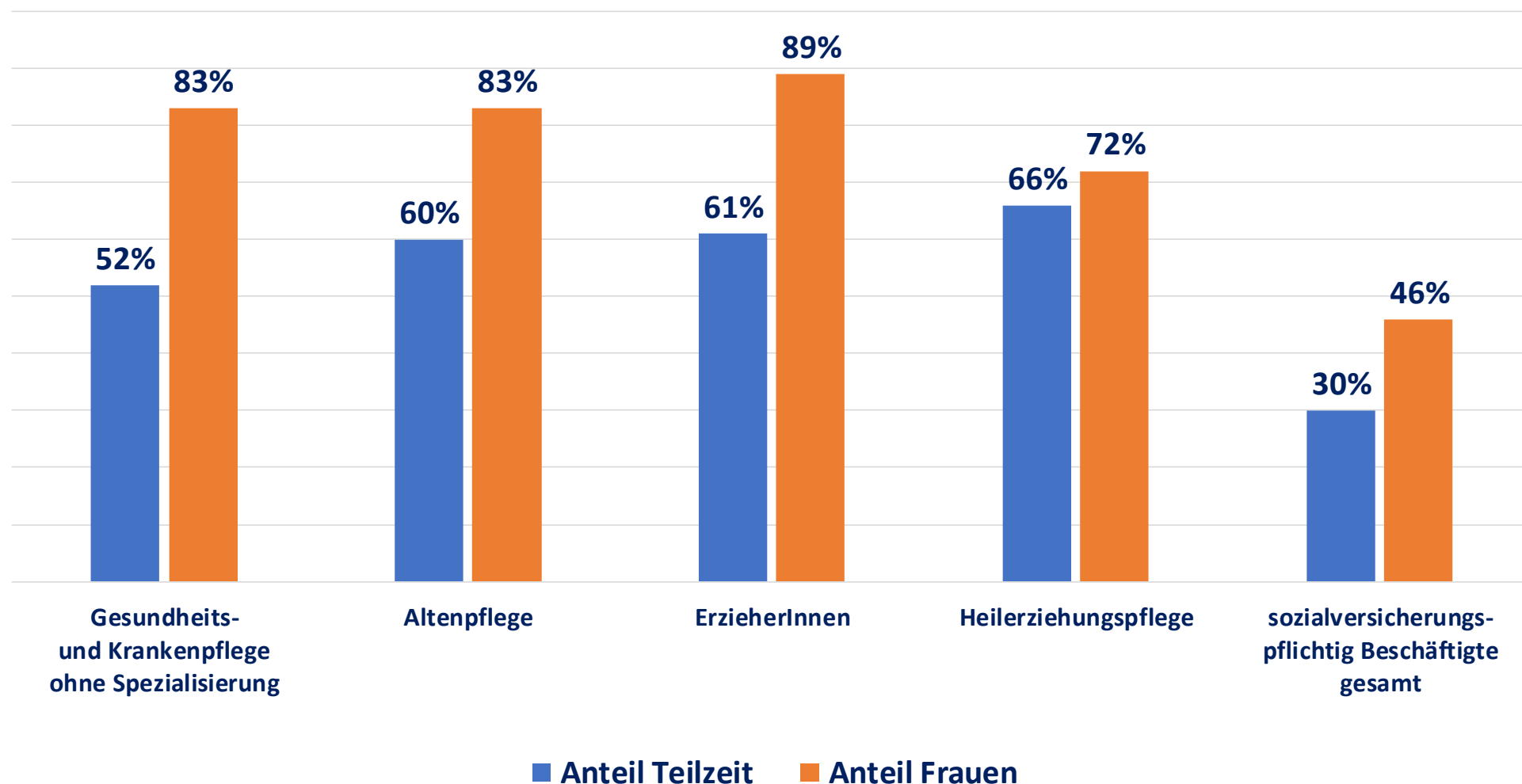
ALLGEMEINE LÄNGERFRISTIGE TRENDS

- Demografische Entwicklung: weitere Verknappung des Arbeitskräfteangebots
- Zunehmende globale Wanderungsbewegungen: Chancen und Risiken von Migration
- Steigende Nachfrage nach überfachlichen Qualifikationen
- Digitalisierung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz
- Ökologische Transformation
- Steigende Einkommens- und Vermögensungleichheiten - Chancenungleichheiten beim Bildungserwerb und am Arbeitsmarkt, zunehmend ungleiche Belastungen von Familien in Krisensituation
- Zunehmende politische Polarisierung: Wofür verwenden wir Ressourcen und Finanzen?

ZUM ARBEITSMARKT IM BILDUNGS- UND SOZIALWESEN

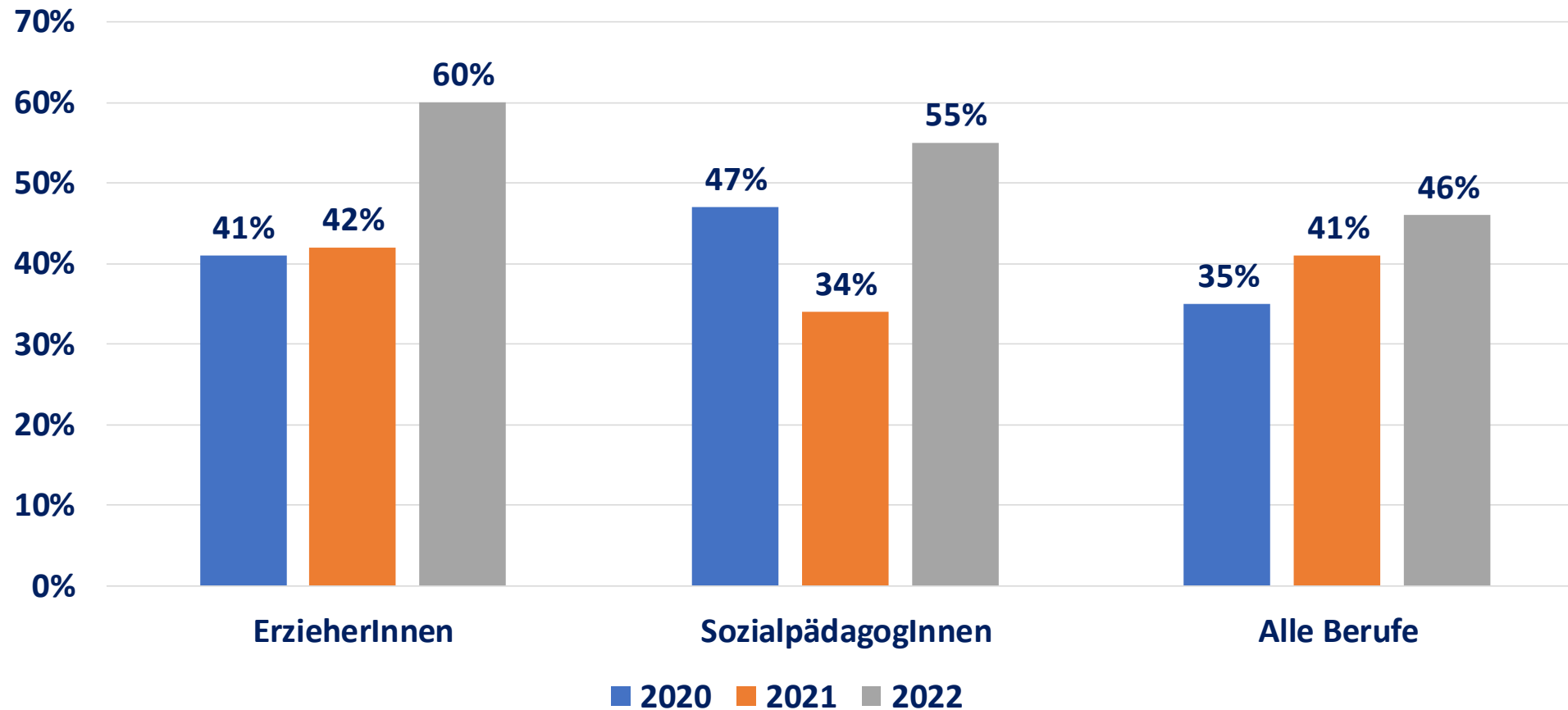
- Hohe gesellschaftliche Relevanz der Berufe
- Hoher Regulierungsgrad durch Bund, Länder, Kommunen, Träger
- Starke Konkurrenz um politische Priorität und staatliche Finanzierung
- Die Arbeit erfordert eine hohe intrinsische Motivation der Beschäftigten
- Weit überdurchschnittlich hoher Anteil weiblicher Beschäftigter
- Zuletzt deutliche Lohnverbesserungen bei gleichzeitig steigenden Lohnungleichheiten
- Der Lohn ist meist nicht unmittelbar verhandelbar
- Kernberuf Erzieher/Erzieherin ist ein dauerhaft ausgewiesener Mangelberuf

ANTEIL TEILZEIT UND FRAUEN NACH BERUFSGRUPPEN 2022



ANTEIL DER NEUEINSTELLUNGEN MIT SCHWIERIGKEITEN

2020-2022, in Prozent aller Neueinstellungen*

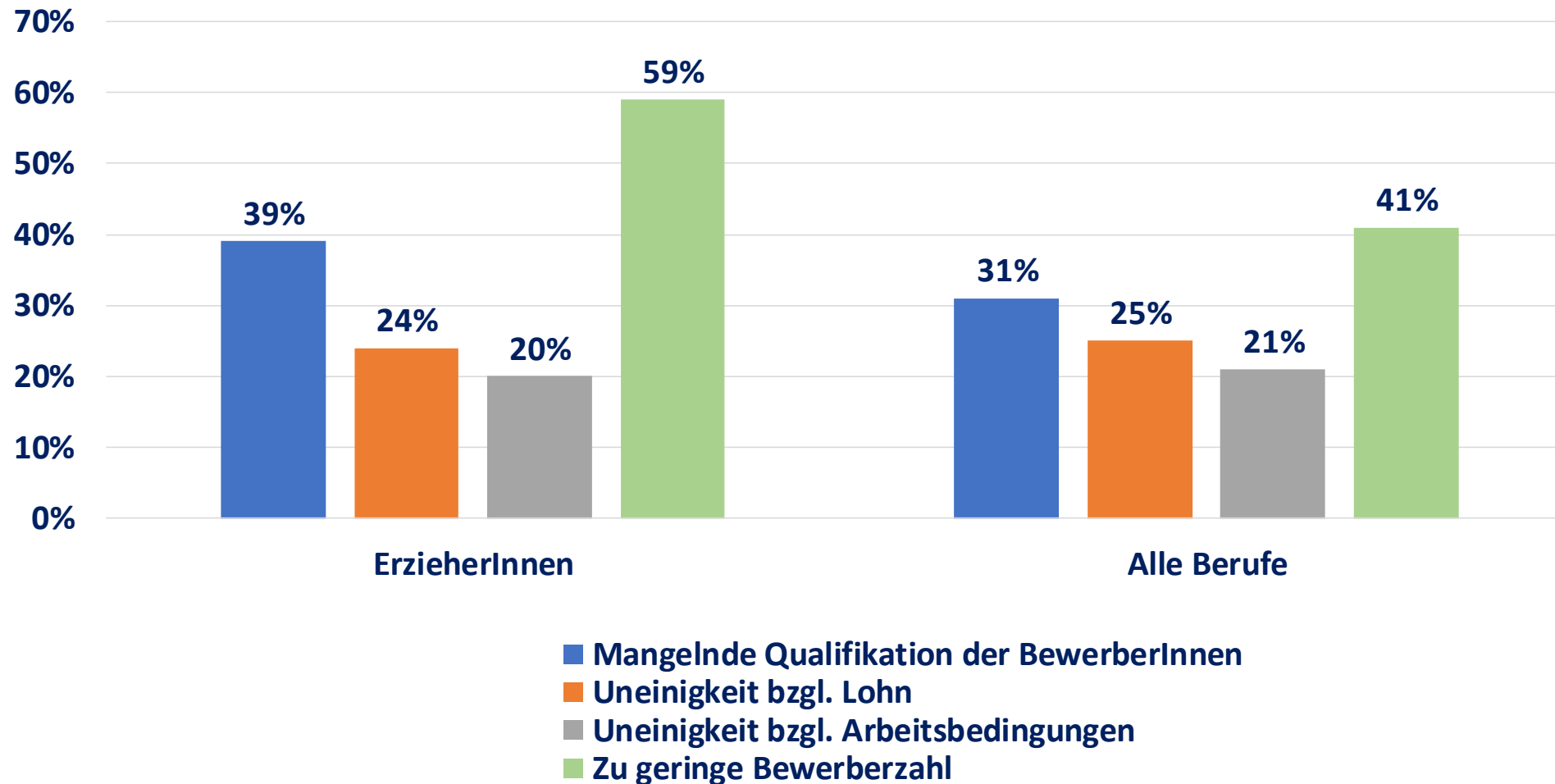


* in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Quelle: IAB-Stellenerhebung, eigene Berechnung und Darstellung

NEUEINSTELLUNGEN MIT SCHWIERIGKEITEN NACH GRUND

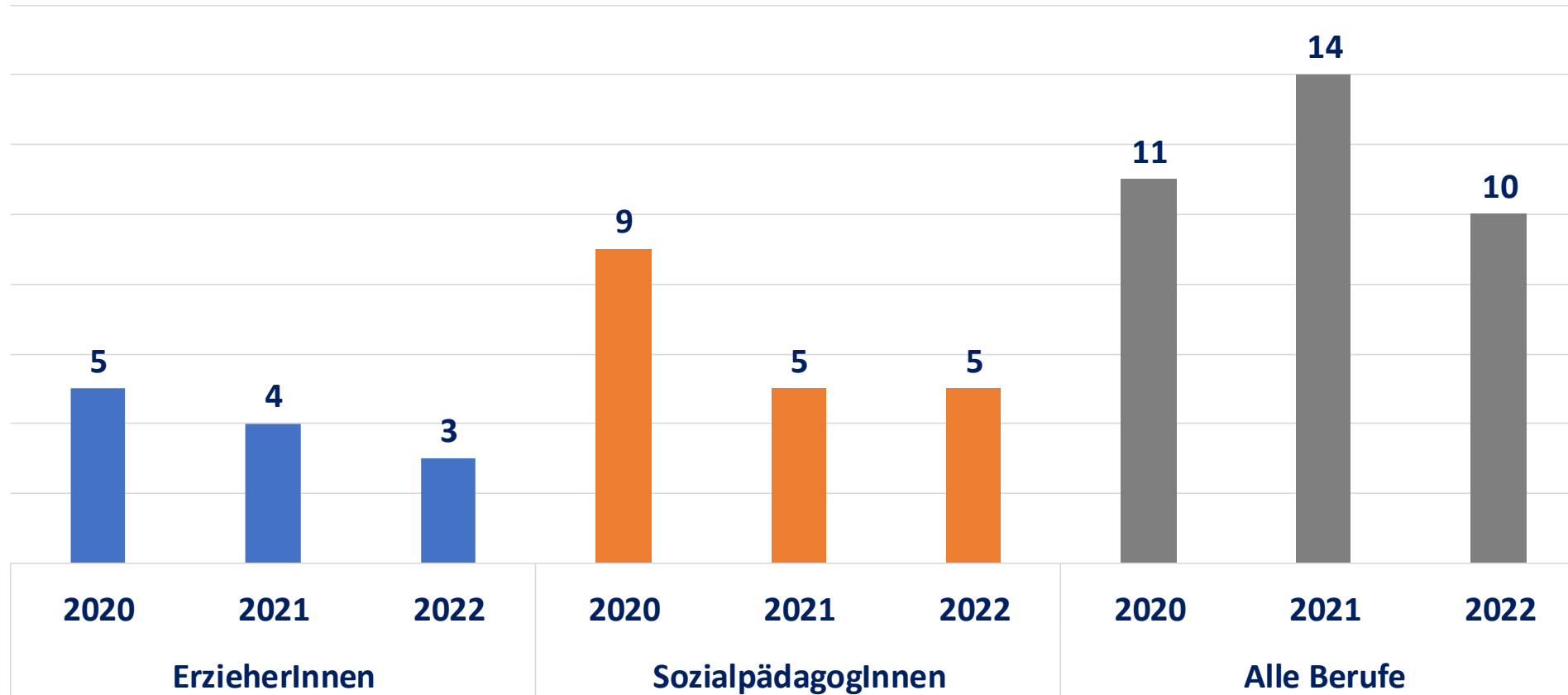
2022, Anteile in Prozent aller Neueinstellungen*



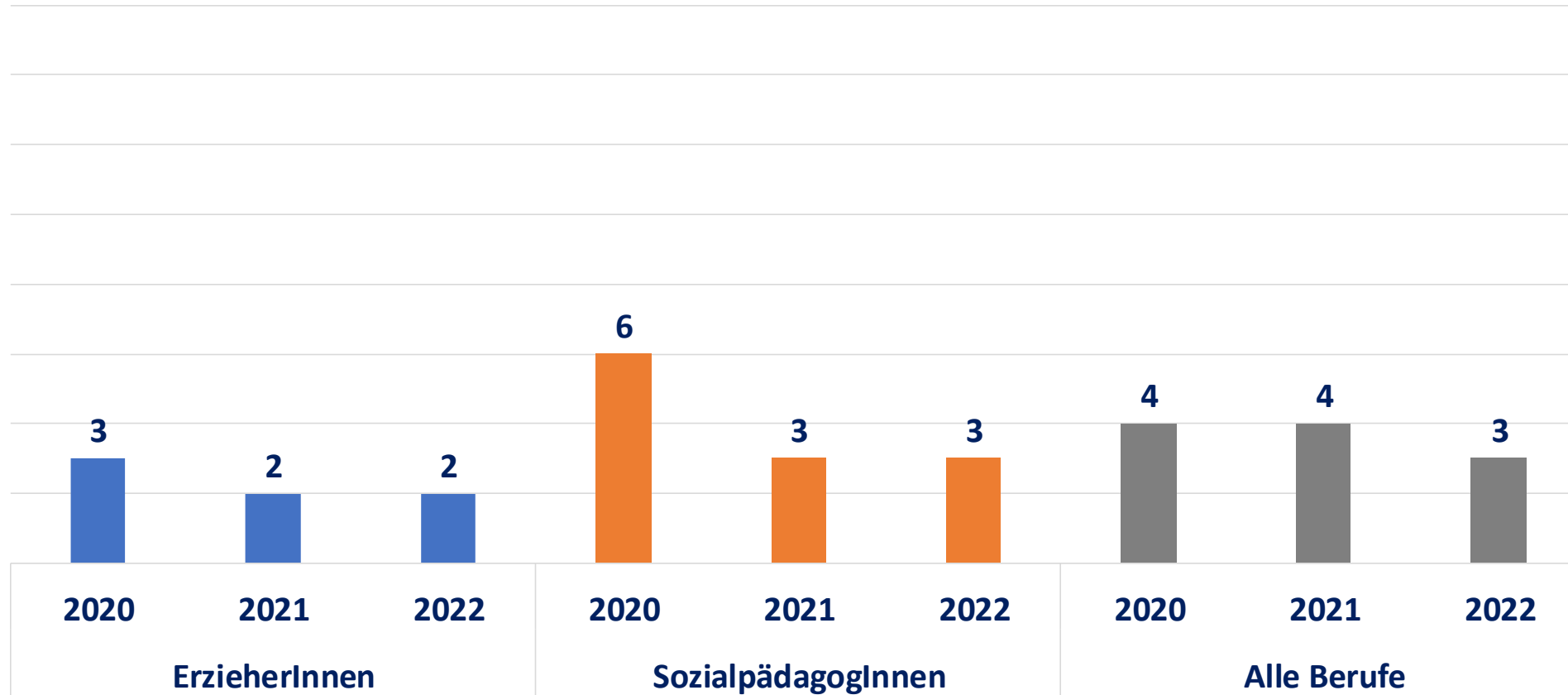
* in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Quelle: IAB-Stellenerhebung, eigene Berechnung und Darstellung

DURCHSCHNITTLLICHE ANZAHL AN BEWERBUNGEN 2020-2022

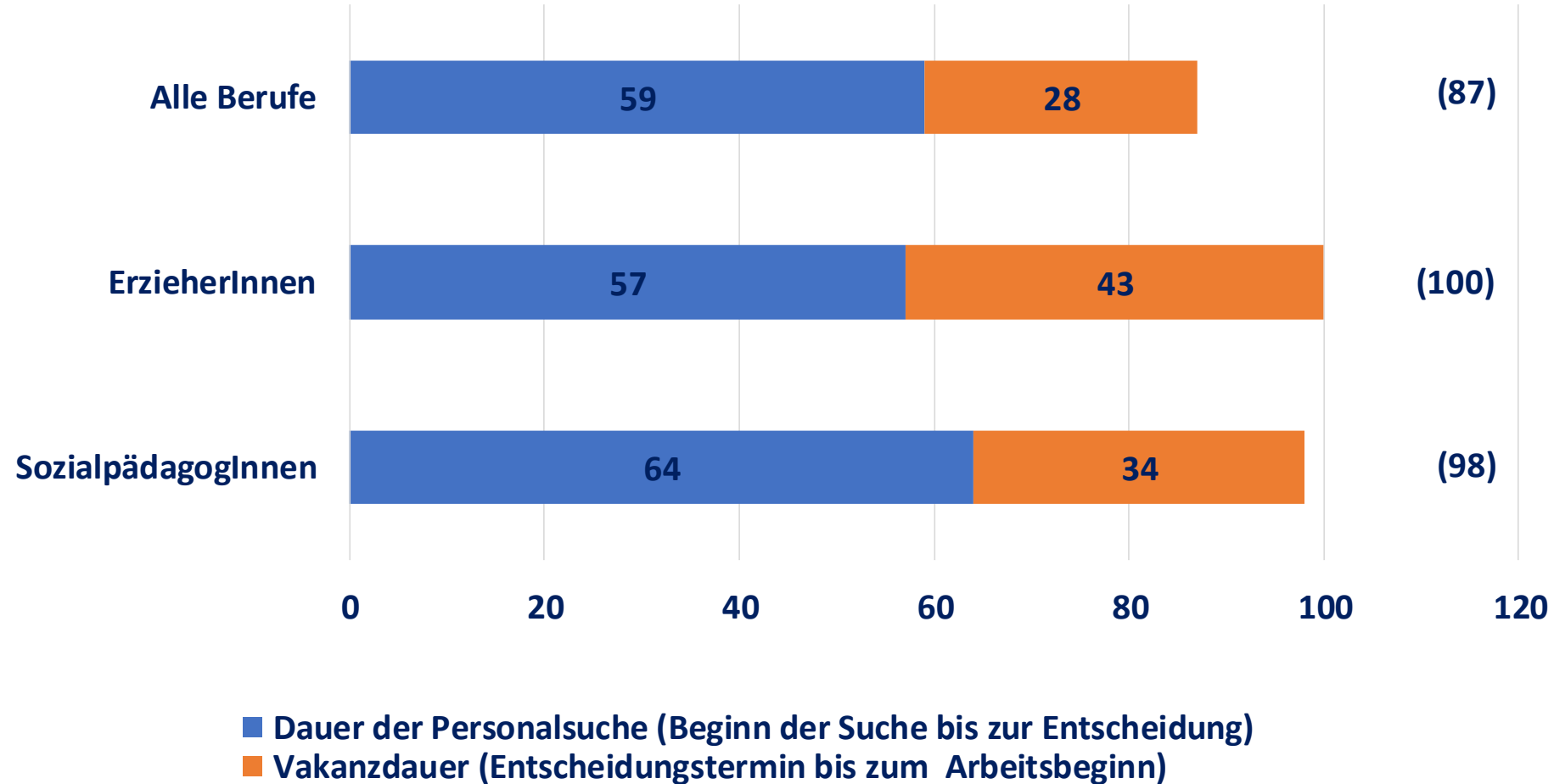


MEDIAN: BEI 50% ALLER NEUEINSTELLUNGEN GAB ES (NUR) SO VIELE BEWERBUNGEN (2020-2022)



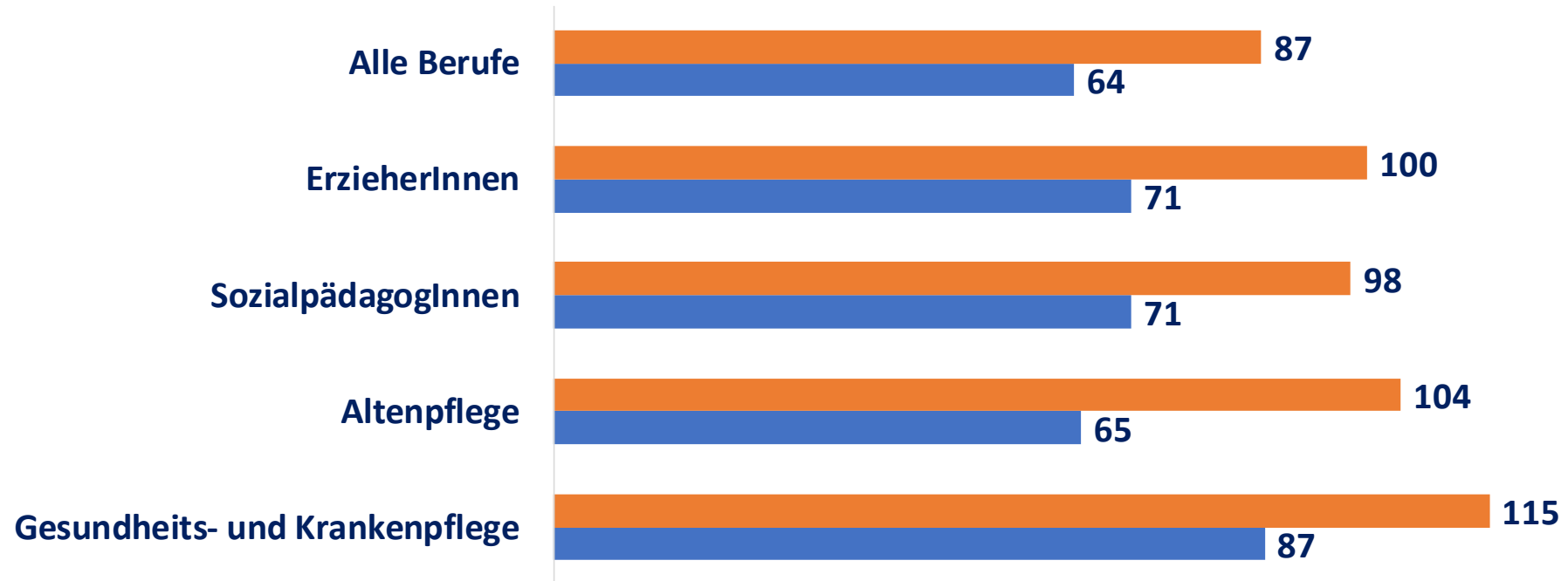
DAUER DER STELLENBESETZUNGEN 2022

Durchschnitt in Tagen



TATSÄCHLICHE UND GEPLANTE BESETZUNGSDAUER 2022

Durchschnitt in Tagen



■ Tatsächliche Besetzungsdauer: Beginn der Suche bis zum tatsächlichen Arbeitsbeginn

■ Geplante Besetzungsdauer: Beginn der Suche bis zum gewünschten Arbeitsbeginn

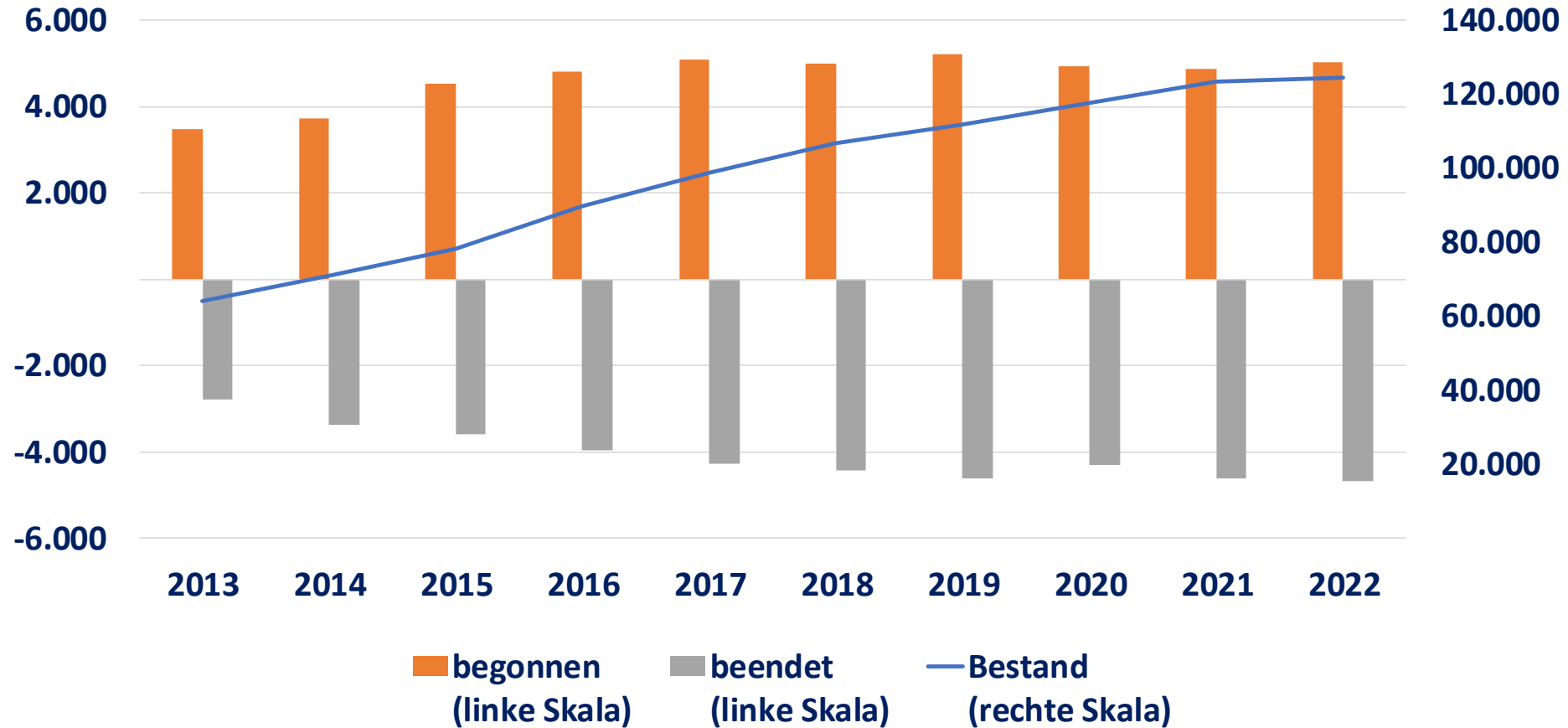
SUCH- UND BESETZUNGSWEGE 2022*

	Eigene Inserate in Zeitungen oder Zeitschriften	Stellenangebot auf der eigenen Homepage	Stellenangebot in Internet-Stellenbörsen (ohne BA)	Soziale Medien (Xing/ Facebook etc.)	Auswahl aus Initiativbewerbungen/ Bewerberliste	Über eigene Mitarbeiter/ persönliche Kontakte
Suchwege						
Erzieherberuf	42%	85%	70%	47%	36%	56%
Berufe insgesamt	24%	67%	59%	45%	23%	57%
Besetzungsweg						
Erzieherberuf	11%	25%	18%	.	6%	25%
Berufe insgesamt	6%	14%	18%	7%	6%	35%
Erfolgsquote						
Erzieherberuf	26%	29%	26%	.	17%	45%
Berufe insgesamt	25%	21%	31%	16%	26%	61%

* bei Neueinstellungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Quelle: IAB-Stellenerhebung, eigene Berechnung und Darstellung

BESCHÄFTIGTE* IN KINDERBETREUUNG UND -ERZIEHUNG HELPER

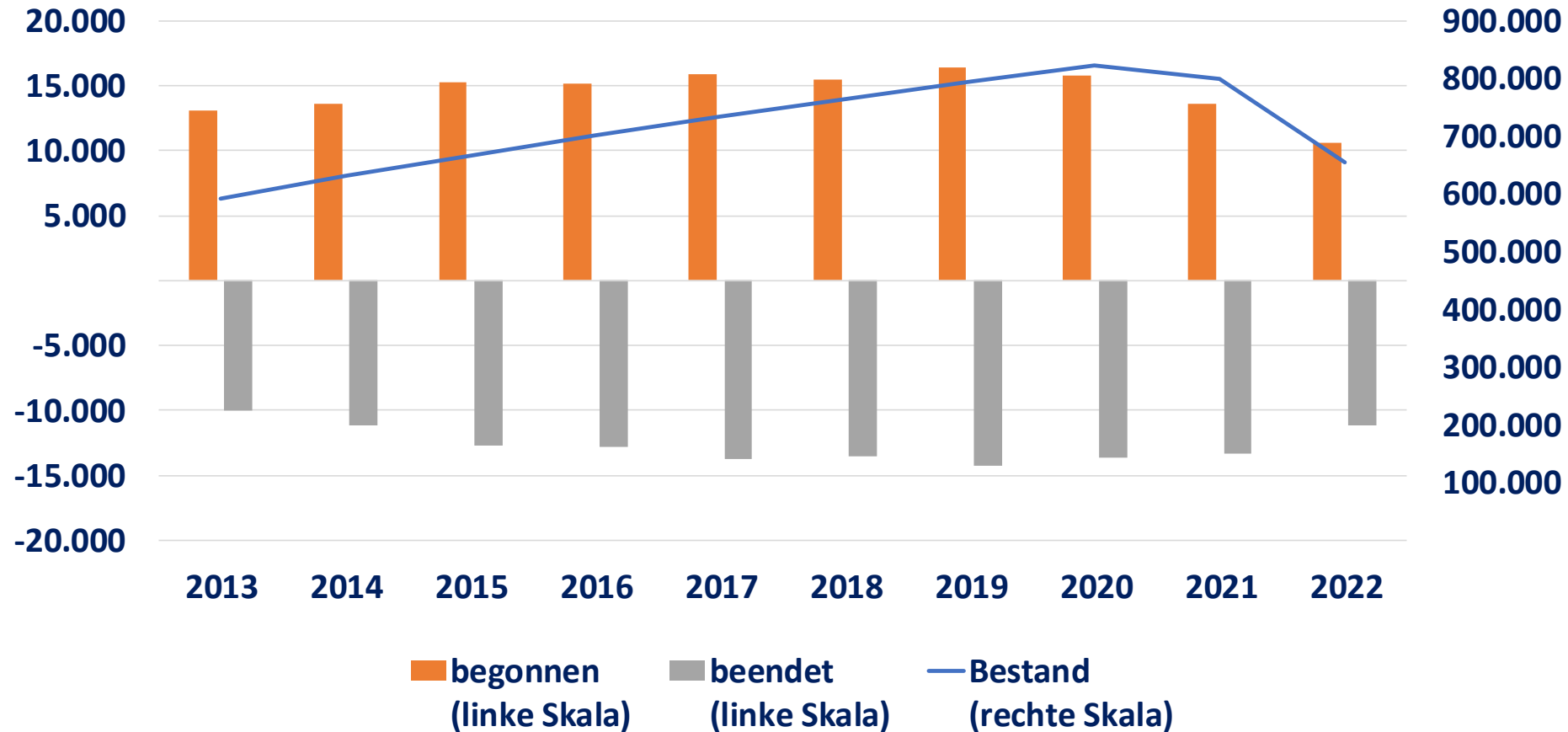


* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

BESCHÄFTIGTE* IN KINDERBETREUUNG UND -ERZIEHUNG

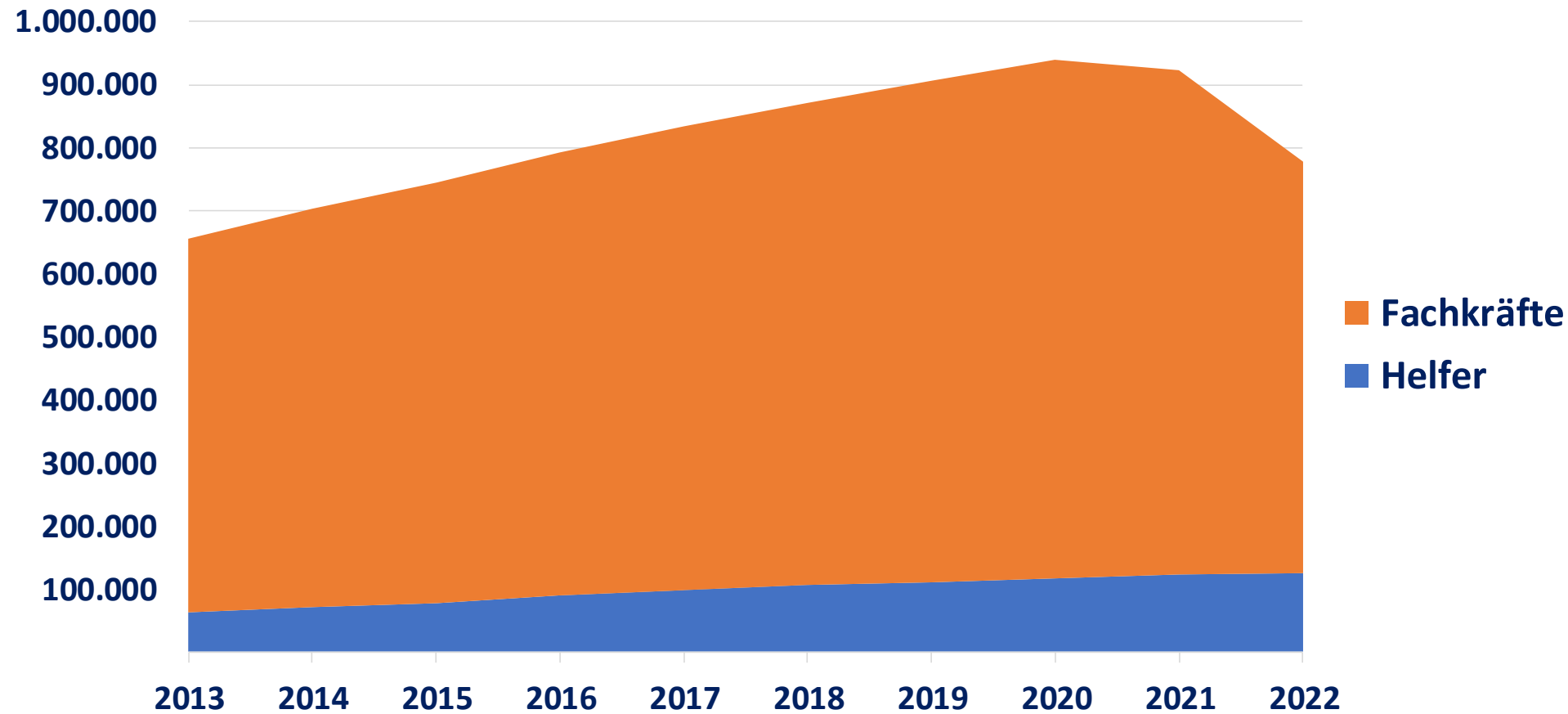
FACHKRÄFTE



* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

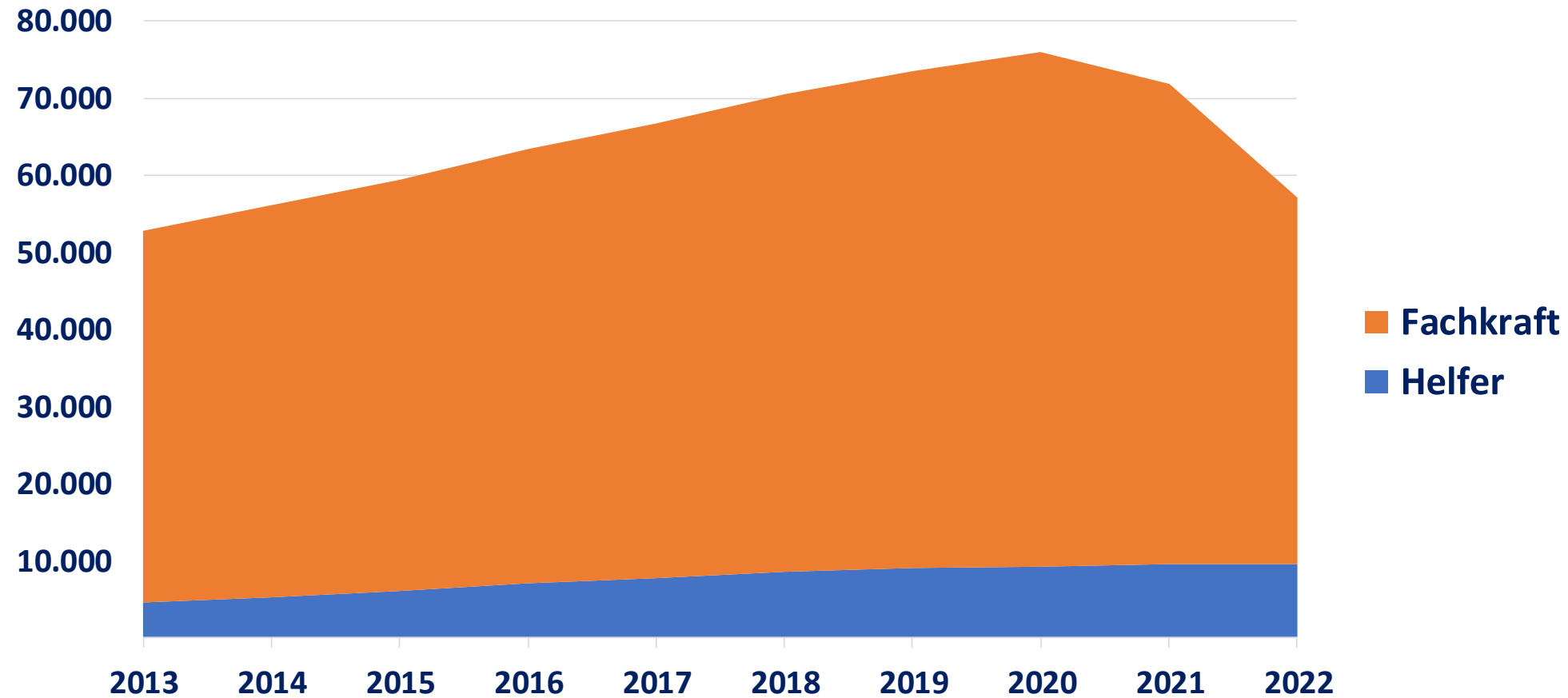
BESCHÄFTIGTE* IN KINDERBETREUUNG UND –ERZIEHUNG (DEUTSCHLAND)



* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

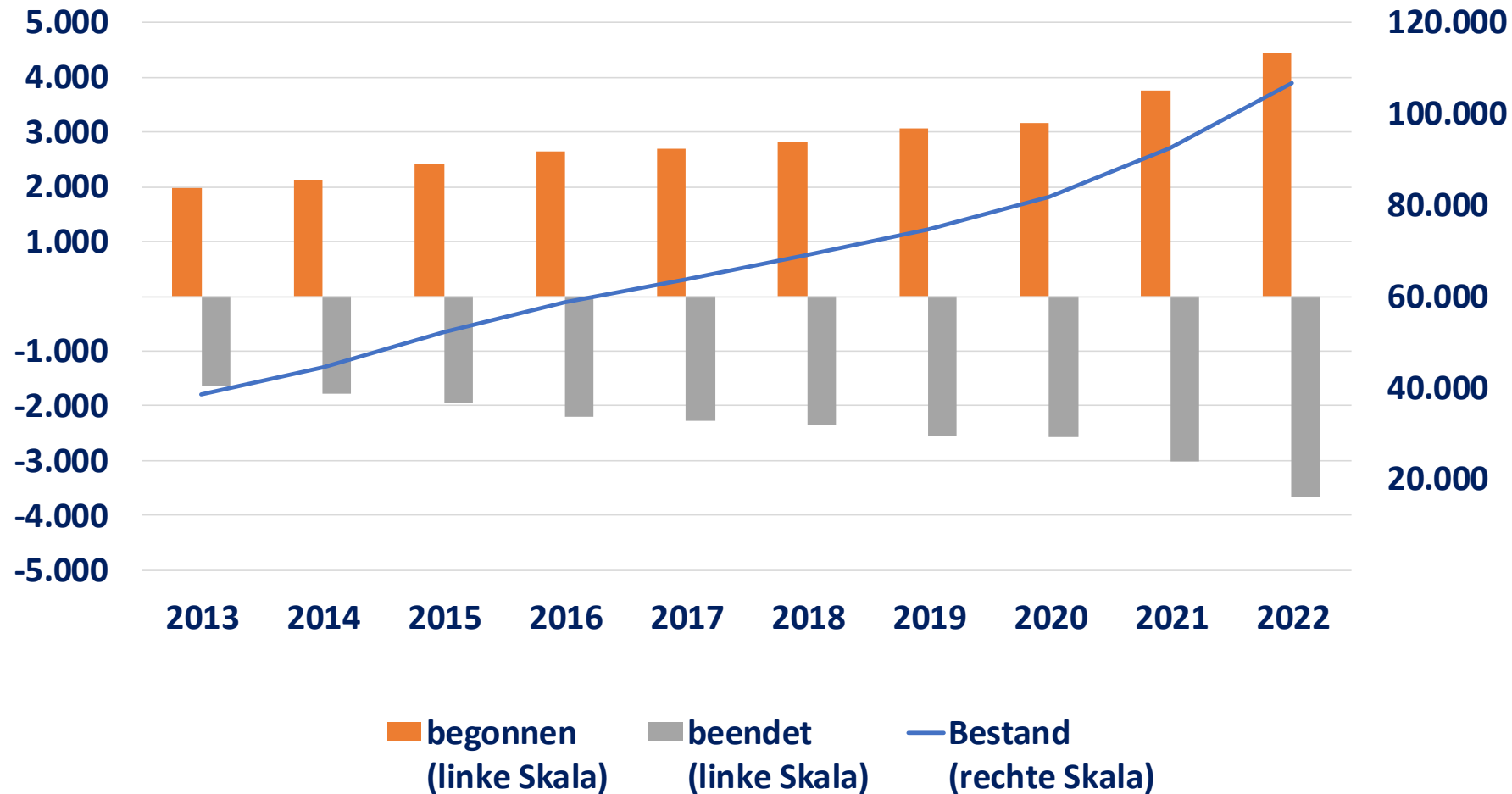
BESCHÄFTIGTE* IN KINDERBETREUUNG UND –ERZIEHUNG (NIEDERSACHSEN)



* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

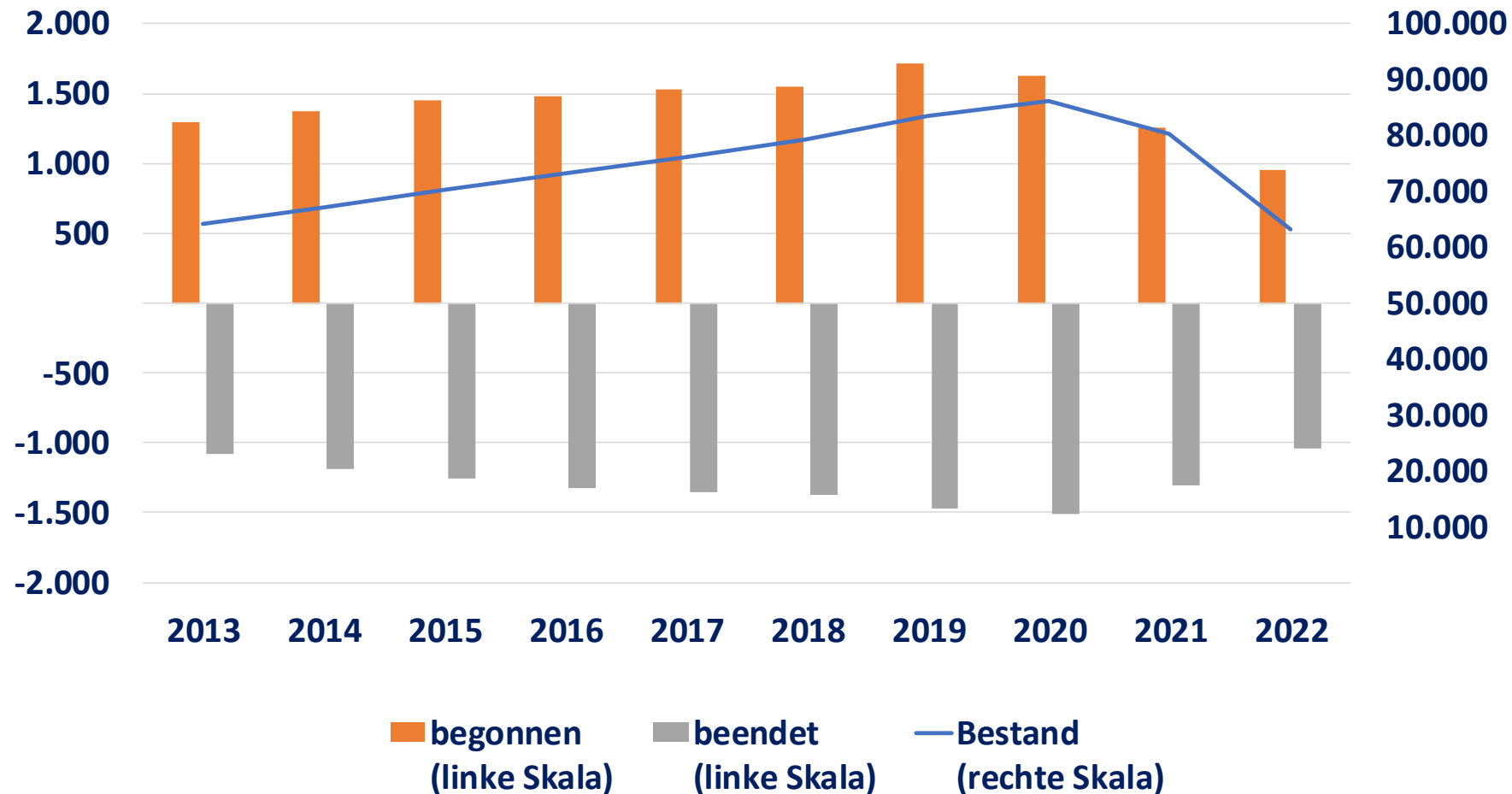
BESCHÄFTIGTE* IN HEILERZIEHUNGSPFLEGE UND SONDERPÄDAGOGIK - HELFER



* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

BESCHÄFTIGTE* IN HEILERZIEHUNGSPFLEGE UND SONDERPÄDAGOGIK - FACHKRÄFTE



* Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: BA-Statistik, eigene Darstellung

LÖSUNGSANSÄTZE UND STRATEGIEN

Langfristige
Personalplanung

Ausreichend lange
Rekrutierungszeit
einplanen

Geeignete Kanäle wählen

Flexibilität bei den
Anforderungen hinsichtlich
Zusatzqualifikationen

Befristete Beschäftigung
reduzieren

Attraktive
Beschäftigung

Individuelle Personalpolitik
(individuelle Beschäftigung,
individuelle Entlohnung)

WAS HAT WERT FÜR WEN?

Weiterbildung
Weiterbildung
Weiterbildung

**Professionalisierung in
allen Arbeitsbereichen**

Verstärkung und
Modularisierung der
Ausbildung
(Teilzeitfähige Module,
Aufbauende Praxisphasen,
Kooperationen)

Nutzung aller
Möglichkeiten der
Digitalisierung

Professionelle
Netzwerkbildung

Einbeziehen der vom FKM
betroffenen Familien
Professionelle Lobbyarbeit

Ich freue mich auf unsere Diskussion.

Dr. Anja Warning

anja.warning@iab.de

Tel. 0911 / 179-3155

Zitation:

Warning, Anja (2023): Die Fachkräfteentwicklung im Bereich Soziales / Jugendhilfe: Daten und Analysen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen, Evangelische Akademie Loccum, 23. August 2023. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nürnberg, 26 Seiten.